

## Protokolleintrag vom 02.12.2009

2009/573

### Postulat von Markus Knauss (Grüne) und Balthasar Glättli (Grüne) vom 02.12.2009: Ausstieg aus der Atomenergie, Erarbeitung einer Informationskampagne

Von Markus Knauss (Grüne) und Balthasar Glättli (Grüne) ist am 02.12.2009 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Stadt Zürich mit einer Informationskampagne zum Ausstieg aus der Atomenergie im Sinne des Gemeindebeschlusses vom 11.11.2008 über die Stadt hinaus kritische Argumente zur Atomenergie verbreiten kann. Ein Betrag von Fr. 250'000.– könnte budgetneutral aus einer einmaligen Erhöhung der Ablieferung der Parkhäuser an die Stadtkasse (Konto 2032 3740.0700) gegenfinanziert werden.

#### Begründung:

Staatliche Informationskampagnen müssen grundsätzlich sehr kritisch betrachtet werden. In Einzelfällen ist es aber angebracht, aus gewichtigem Grund eine Ausnahme von diesem Grundsatz zu machen.

Am 11.11.2008 beschloss die Stadtzürcher Bevölkerung mit überragender Mehrheit, auf neue Beteiligungen und Bezugsrechte an Atomkraftwerken zu verzichten. Damit hat Zürich den Einstieg in den Atomausstieg beschlossen. In der Schweiz werden aktuell aber mit höchstem Aufwand Projekte für neue Atomkraftwerke vorangetrieben. Dabei geben insbesondere halbstaatliche Energieunternehmen viel Geld für die Werbung aus. So hat aktuell die Berner Kraftwerksgesellschaft BKW FMB Energie, Eigentümerin des AKW Mühleberg, mit einer halben Million versucht, die Waadtländer StimmbürgerInnen zur Zustimmung zum Weiterbetrieb des alten Atomkraftwerks Mühleberg zu bewegen. Die AXPO ihrerseits lobbyierte unter dem unverfänglichen Namen „Energiedialog“ mit Spots für neue AKWs und gegen Alternativenergien und setzt die entsprechende Kampagne auch heute fort.

Die Stadt Zürich soll hier einen Gegenpol setzen und schweizweit darauf aufmerksam machen, dass die Stadt Zürich den Ausstieg aus der Atomwirtschaft wagt und dass dieses Ziel mit einer forcierten Steigerung der Energieeffizienz, mehr Energiesparen und dem Ausbau erneuerbarer Energien auch gesamtschweizerisch realistisch ist.

Eine Finanzierung dieser Information durch eine zusätzliche Ablieferung aus den Erträgen der Parkhäuser drängt sich geradezu auf, da sowohl die Atomindustrie wie die Erdölwirtschaft einem nachhaltigen Wirtschaften und den Zielen einer 2000Watt Gesellschaft und der Reduktion der Treibhausgabe auf 1 Tonne CO<sub>2</sub>/Person diametral entgegenstehen.

Mitteilung an den Stadtrat